

Inhaltsverzeichnis

2-5 DSW-Mitteilungen

- 2 KTG Agrar: Die Lage spitzt sich zu
- 2 Experten-Tipp: Zunehmende Steuergerechtigkeit in Sicht
- 3 Volkswagen: Abrechnung in „Halle 1“
- 3 Einladung nach Berlin: DSW hat Experten-Gremium der EU-Kommission zu Gast
- 4 In eigener Sache: DSW-Info-Offensive geht erfolgreich neue Wege
- 5 HAC-Marktkommentar: Brexit und die Auswirkungen

6-9 Aktivitäten der Landesverbände

- 6 Deutsche Börse muss Fusionspläne nach Brexit massiv anpassen oder begraben
- 6 Insolvente Steilmann SE: Anleihegläubiger sind gefordert
- 7 Druck auf Volkswagen und Porsche erhöht sich weiter
- 7 Reden auf der Hauptversammlungen

10 Konjunkturmonitor

Alle Angaben ohne Gewähr

11 Börsenmonitor

Brexit lässt die Börsen tanzen

12 Veranstaltungen

12 Impressum

13 Mitgliedsantrag

Unsägliche Gebührenflut



Liebe Leserin, lieber Leser,

die Nullzinspolitik der EZB setzt die Finanzinstitute ordentlich unter Druck. Die Negativzinsen werden zu einer echten Herausforderung. Schon jetzt ist zu beobachten, wie sich Banken als Kompensation Zusatzgebühren ausdenken.

Wenn Sie also demnächst von Ihrem Kreditinstitut oder Ihrer Sparkasse neue Leistungs- und Preisverzeichnisse erhalten, schauen Sie sich diese bitte etwas genauer an. Dies gilt auch insbesondere für Aktionäre. Denn gerade hier wird rund um die Order und neuerdings auch bei der Bestellung von Eintrittskarten für die Hauptversammlung ordentlich Schindluder getrieben und der Kunde zur Kasse gebeten. Teilweise ist nur noch eine Eintrittskartenbestellung online kostenfrei möglich. Bedient man sich des Telefons oder eines Fax-Geräts zur Bestellung des Tickets, wird das Referenzkonto mit ungewollten Gebühren belastet. Besonders hart trifft dies die Kunden von Banken, die sich im Ausland befinden und bei denen die Eintrittskartenbestellung zu einem grenzüberschreitenden Vorgang wird. Hier fallen teilweise horrend Gebühren an – sogar im dreistelligen Bereich.

Wie bedenklich diese Entwicklung ist, zeigt sich derzeit ungeschminkt an der Hauptversammlung (HV) der Deutschen Office AG am 12. Juli. Dort soll eine Umwandlung in eine GmbH & Co. KG beschlossen werden. Wichtig: Nur wer in der HV Widerspruch zu Protokoll erklärt, dem wird eine Barabfindung offeriert. Umso bedeutender ist die Präsenz auf der HV. Jegliche Gebührenhürde verhindert aber die Anmeldung zur HV für sich selbst oder eben für Dritte – wie Ihre DSW, die selbstverständlich auch auf dieser Hauptversammlung zugegen sein wird.

Es gilt also, wachsam zu sein. Ihre DSW wird nach der HV-Saison 2016 gemeinsam mit der Industrie überlegen, ob die Entwicklung noch hinzunehmen ist. Sofern auch Sie bei der Bestellung von Eintrittskarten in diesem Jahr auf Probleme gestoßen sind oder dafür Extragebühren zahlen mussten, so würde ich mich freuen, wenn Sie mir dies mitteilen und mich per E-Mail unter marc.tuengler@dsw-info.de anschreiben oder ein Telefax unter 0211/6697-80 senden. Vielen Dank!

Ihr Marc Tüngler

KTG Agrar: Die Lage spitzt sich zu

Die Lage beim Agrarunternehmen KTG spitzt sich zu: Entgegen den Ankündigungen sind die überfälligen Anleihezinsen immer noch nicht gezahlt worden. Auch die Hauptversammlung des Unternehmens wurde mittlerweile verschoben.

Nach Ansicht der DSW könnte es aber schon in wenigen Tagen noch viel enger für das Unternehmen werden, nämlich dann, wenn die fälligen Zinsen in Höhe von rund 18 Millionen Euro auch 30 Tage nach dem Zinstermin nicht gezahlt sind. Denn in den Anleihebedingungen steht genau diese Frist verbindlich drin. Wird sie gerissen, haben Anleihegläubiger laut Prospekt das Recht, ihre Papiere fällig zu stellen. Das ist in den ersten Juli-Tagen der Fall. „Ob es zu einer Zinszahlung innerhalb der 30 Tage Frist kommt, kann von uns nicht zuverlässig beurteilt werden. Wenn nein und wenn danach eine Vielzahl von Anleihehabern von diesem Kündigungsrecht Gebrauch macht, könnte es sehr eng werden für die Gesellschaft“, ist DSW-Geschäftsführer Thomas Hechtfisher überzeugt.

Eigentlich hätten die Zinsen am 6. Juni gezahlt werden sollen. Doch obwohl der Vorstand noch wenige Tage zuvor im Interview eine reguläre Zahlung angekündigt hatte, blieb diese aus. Zum vereinbarten Zinszahlungstermin wendete sich KTG an seine Gläubiger und informierte, „dass die fällige Zinszahlung der Anleihe 2011/2017 mit der ISIN DE000A1H3VN9 nicht fristgerecht erfolgen wird. Die KTG Agrar hatte die Hebung stiller Reserven für die Zinszahlung bereits eingeleitet. Der Verkauf dieser nicht betriebsnotwendigen Assets – deren Veräußerungsgewinn zur Zinszahlung genutzt und deren Buchwert in die Anleiherrefinanzierung fließen wird – ist notariell abgeschlossen. Jedoch ist es zu nicht vorhersehbaren Verzögerungen bei der Durchführung gekommen.“

Damals wurde eine Zahlung innerhalb von 14 Tagen versprochen – doch diese Frist ist längst abgelaufen. Gezahlt wurde trotzdem nicht. Sollte auch die 30-Tage-Frist ergebnislos verstreichen, wird die DSW alle Betroffenen zeitnah informieren, was nun zu tun ist.

Experten-Tipp von Jella Benner-Heinacher

Rechtsanwältin und stellvertretende DSW-Hauptgeschäftsführerin

Zunehmende Steuergerechtigkeit in Sicht

Frage: Als Unternehmer des deutschen Mittelstandes ist mir das Bestreben vieler internationaler Großkonzerne ein Dorn im Auge, ihre Gewinne in Niedrigsteuerländer zu verlagern, umso ihre Steuerquote zu senken. Nun hatten Politiker sämtlicher Couleur diese aggressive Steuerplanung kritisiert und öffentlich den Kampf angesagt. Was ist aus diesen Plänen geworden? Sind die im Sande verlaufen oder ist auf die Kampfansage tatsächlich so etwas wie eine Initiative oder gar eine Regelung geworden? Und wissen Sie, wie hoch eigentlich die Steuergelder sind, die auf diese Art und Weise dem Staat entgehen?

Antwort: Ich verstehe Ihren Ärger, auch mit Blick auf die mangelnde Steuergerechtigkeit: Nach meinen Informationen liegt die Steuerbelastung von kleineren, nur national agierenden Unternehmen um circa 30 Prozent höher als die der großen Konzerne. Aus diesem Grund sind sowohl die OECD als auch die EU-Kommission tätig geworden und haben Maßnahmen entwickelt, die die Gewinnverlagerung in solche Länder verhindern sollen. So hat die OECD zunächst eine län-

derbezogene Berichterstattung, das sogenannte Country-by-Country-Reporting, gegenüber den nationalen Steuerbehörden empfohlen. Danach sollen künftig Konzerne (mit mindestens 750 Millionen Euro Umsatz) die gezahlten oder zu zahlenden Ertragssteuern sowie die einbehaltenen Gewinne in allen Ländern ausweisen, in denen sie einer Geschäftstätigkeit nachgehen. Darüber hinaus soll es in Zukunft einen Informationsaustausch zwischen den nationalen Finanzbehörden geben. Dieser Vorschlag soll nun über eine EU-Richtlinie in nationales Recht umgesetzt werden. Allerdings ist die EU-Kommission dann im April noch zusätzlich mit einem eigenen Vorschlag nach vorne geprescht und fordert nun, die Berichterstattung zu veröffentlichen und auf der Website des Unternehmens zu zeigen. Diese Forderung

geht vielen Akteuren allerdings zu weit. Es wird kritisch diskutiert, zumal ihre Umsetzung nicht über Steuererrichtlinien, sondern quasi durch die Hintertür über Rechnungslegungsvorschriften erfolgen soll. Das letzte Wort ist also noch nicht gesprochen. Fest steht aber wohl, dass den EU-Staaten durch die aggressive Steuerpolitik jährlich zwischen 50 und 70 Milliarden Euro verloren gehen.



Volkswagen: Abrechnung in „Halle 1“

Es war so etwas wie der „Showdown“ der HV-Saison: Die Hauptversammlung des europaweit größten Automobilkonzerns Volkswagen AG stand schon weit im Vorfeld im Fokus von Medien und Aktionären. Kein Wunder, denn der Abgasskandal, der im September 2015 öffentlich wurde, betrifft nicht nur annähernd 11 Millionen Fahrzeuge. Er hat sich inzwischen auch zu einem der größten Skandale der deutschen Wirtschaftsgeschichte insgesamt entwickelt.



Im Feuer stehen horrenden Schadensersatzforderungen in Milliardenhöhe von Behörden, Organisationen und Investoren. Entsprechende Klagen sind rund um den Globus zu erwarten. Fast täglich kommen neue Fakten ans Licht: Erst wenige Tage vor der HV war bekannt geworden, dass die Staatsanwaltschaft nun nach einer Anzeige der deutschen Allfinanzaufsicht BaFin gegen den kompletten Vorstand des Unternehmens, allen voran Ex-CEO Martin Winterkorn ermittelt – wegen Marktmanipulation.

„Wir stehen vor einem Trümmerhaufen“, konstatierte DSW-Präsident Ulrich Hocker deshalb beim Aktionärstreffen des Konzerns. „Die Aktie hat 50 Prozent ihres Wertes verloren, die Marktanteile schrumpfen, der Dieselmotor, der uns lange als umweltfreundlicher Heilsbringer verkauft wurde, stellt sich als große Mogelpackung heraus.“

Verantwortlich dafür macht der DSW-Chef insbesondere Vorstand und Aufsichtsrat des Unternehmens: „Wo war die vielbeschworene technische Sachkenntnis der obersten Management-Ebene? Wo war der Vorstandschef, der sehr erfolgreich den Eindruck erweckte, er sei mit jeder Schraube in den gebauten Autos per ‚Du‘? Wo war das mit Vertretern der Großaktionäre und der Gewerkschaften gespickte Kontrollgremium ‚Aufsichtsrat‘, das den Vorstand hätte überwachen und die Risikokontrollsysteme auf Geeignetheit hätte überprüfen sollen? Mir fällt dazu nur eine Beschreibung ein: Kollektives Versagen!“

Die Stimmung war insgesamt aufgeheizt, im Fokus stand insbesondere Aufsichtsratschef Hans Dieter Pötsch, der in der Zeit der Abgasaffäre noch als VW-Finanzvorstand gearbeitet hatte. Doch ein Antrag auf seine Abwahl als Versammlungsleiter scheiterte mit nur 0,02 Prozent Zustimmung deutlich.

Letztlich wurden alle Beschlussempfehlungen wie die Mini-Dividende durchgewunken – dank stabiler Mehrheiten. Denn mit der Porsche-Holding, die rund 50 Prozent der Stammaktien kontrolliert, und dem Land Niedersachsen mit weiteren 20 Prozent der Anteile hat VW eine verlässliche Basis an Großaktionären.

Eine Ohrfeige gab es am Ende dennoch: Bei der Entlastung der Vorstände verweigerte offenbar Niedersachsen dem ehemaligen CEO Martin Winterkorn und Ex-VW-Markenchef Herbert Diess die Zustimmung und enthielt sich. Beide stehen im Fokus der staatsanwaltschaftlichen Ermittlungen. Entlastet wurden sie am Ende trotzdem. Die Stimmen der Porsche-Holding reichten dafür aus.

Nicht durchgekommen ist erwartungsgemäß der Antrag auf eine Sonderprüfung, den die DSW gestellt hatte. Hier steht den Anlegerschützern allerdings nun der Gerichtsweg offen.

Einladung nach Berlin: DSW hat Expertengremium der EU-Kommission zu Gast

Financial Services User Group, kurz FSUG, so lautet der zugegebenermaßen etwas sperrige Name eines Expertengremiums bei der EU-Kommission. Seit 2011 berät die FSUG die EU-Gremien bei allen Verbraucherschutzthemen im Bereich Anlegen, Sparen und Versichern – sowohl vorbereitend als auch im Rahmen der Umsetzung durch die Aufsichtsbehörden. Auch die Identifizierung neuer Themenkomplexe mit europäischer Relevanz sowie innovative Ideen, die für Anleger/Verbraucher im Finanzbereich von Interesse sein können, gehören zum Themenspektrum der Gruppe.

Die 20-köpfige FSUG besteht aus Vertretern der Wissenschaft, Verbraucher- und Anlegerschutzorganisationen (zum Beispiel BEUC, Financial Services Consumer Panel, Better Finance und DSW) sowie Vertretern von Unternehmen (KMU). Für die DSW als Vertreter der deutschen Anleger- und Verbraucherinteressen sitzt Landesgeschäftsführerin Christiane Hölz von Beginn an in dieser Expertengruppe. Normalerweise tagen die Fachleute in Brüssel, „um insbesondere Erfahrungen mit Best Practices in verschiedenen europäischen Ländern zu sammeln, die auch auf europäischer Ebene von Interesse sein können“, erläutert DSW-Expertin Hölz.

In diesem Jahr waren die Anlegerschützer Gastgeber für diese externe Sitzung. Anfang Juni trafen sich die Fachleute auf Einladung der DSW in Berlin zum zweitägigen Meeting. „Wir sind sehr stolz, dass wir das hochrangige Gremium zu Gast hatten“, freut sich DSW-Hauptgeschäftsführer Marc Tüngler, der die Tagung gemeinsam mit Kollegin und Gruppenmitglied Hölz organisiert hatte.

In den Räumen der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Ernst & Young und mit direktem Blick auf den Reichstag wurde ein breites Spektrum an aktuellen Anleger- und Verbrauchertemen durchgesprochen. „Wir haben hierzu sehr hochkarätige Gäste eingeladen, die die Brüsseler Expertengruppe auf den aktuellen Stand im jeweiligen Bereich gebracht haben“, erklärt Hölz. Unter den Vorträgen war beispielsweise das Thema „Trends und Entwicklungen im Versicherungssektor“, das der CEO des Bundes der Versicherten, Axel Kleinlein, vorstellte.

DSW-Präsidiumsmitglied und Rechtsanwältin Daniela Bergdolt erläuterte „Verbraucher- und Anlegerschutz an den Kapitalmärkten in Deutschland“, Hartmut Giesen, Manager der Sutor Bank, navigierte durch das junge und vielversprechende Universum der Fintechs. Elisabeth Roegele, Chief Executive Director der Finanzmarktaufsicht BaFin, stellte Aufsichtsmodelle mit Blick auf Privatanleger vor.

Und schließlich erläuterte Lars Weimer, Executive Director von Ernst & Young, die Herausforderungen im Bereich der Cybersecurity. Von Seiten der Politik war die Bundestagsabgeordnete Sarah Ryglewski (SPD) mit an Bord und stellte als Mitglied des Finanzausschusses Entwicklungen im Bereich des Investoren- und Verbraucherschutzes in Deutschland vor.

Am Ende waren sich alle einig. Das war eine gelungene und sehr informative Veranstaltung – auch dank der hervorragenden Organisation der DSW.

In eigener Sache: DSW-Info-Offensive geht erfolgreich neue Wege

Die Informationsmaschine der DSW dreht auf Hochtouren: Obwohl in den Monaten März bis Juni HV-Saison ist und die DSW-Experten auf den Aktionärstreffen vieler hundert Gesellschaften aktiv die Rechte von Anteilseignern vertreten, haben die Anlegerschützer parallel auch eine Informationsoffensive gestartet.

Gerade in den letzten Wochen hat die Organisation viele Anlegerforen umgesetzt und dabei quer durch die Republik viele tausend Gäste begrüßen dürfen. „Wir sind sehr stolz darauf, mit unseren Foren insbesondere für Privatanleger einen wichtigen Beitrag zur Weiterbildung im Finanzbereich leisten zu können“, erläutert Marc Tüngler, DSW-Hauptgeschäftsführer.

Im Zentrum der Veranstaltungsserie standen dabei die traditionellen DSW-Anlegerforen, bei denen sich börsennotierte Gesellschaften den Privatanlegern vorstellen und mit diesen anschließend in eine intensive Diskussion einsteigen. Aber auch die börsennotierten Gesellschaften können über diesen Weg unmittelbar in einen Dialog mit den Privatanlegern treten und vor allem erkennen, welche Themen bei Anlegern derzeit umstritten sind oder wo vielleicht in der Kommunikation noch nachjustiert werden muss.



Wie bei vielen anderen Anlegerschutzthemen verharret die DSW aber auch bei ihren Veranstaltungen nicht in alten Strukturen, sondern vielmehr geht sie auch dort neue Wege. Dies lässt sich besonders gut an zwei Veranstaltungen verdeutlichen, die in der ersten Junihälfte stattgefunden haben und beide sehr stark aus dem bisherigen Rahmen herausragen: So war die DSW am 01. Juni 2016 mit einem Anlegerforum erstmals in der österreichischen Hauptstadt Wien unterwegs und konnte dort den österreichischen Anlegern mit der BASF und der Deutsche Post DHL Group zwei besonders beliebte deutsche Unternehmen vorstellen. „Für uns war das eine Premiere. Und sie ist wirklich sehr gut gelungen“, so Tüngler. Das Feedback auf Anlegerseite war außergewöhnlich positiv und so plant die DSW mit ihrer österreichischen Schwestervereinigung, dem Interessenverband für Anleger (IVA), bereits für den Herbst eine Nachfolgeveranstaltung. Wilhelm Rasinger, der Vorsitzende der österreichischen Anlegervereinigung, brachte es in seiner Begrüßung in der schönen Klimt-Villa auf den Punkt: „Deutsche Aktiengesellschaften strahlen für österreichische Privatanleger eine besondere Attraktivität aus.“

Eine weitere besondere Veranstaltung fand eine Woche später in Düsseldorf im Rahmen der weltweit größten Messe der Druckindustrie DRUPA statt. Für die DSW-Mitglieder wurden die Tore der Messe exklusiv geöffnet, die eigentlich nur für Fachbesucher offensteht. Möglich gemacht wurde dies durch die Heidelberger Druckmaschinen AG, die den rund 120 anwesenden Privatanlegern eine große Show auf der Bühne in der Düsseldorfer Messehalle bot. Im Anschluss präsentierten Lena Landenberger und Thomas Fichtl vom Investor-Relations-Team der Heidelberger Druckmaschinen AG die aktuellen Herausforderungen und Chance des Maschinenbauers.

Die anwesenden Privatanleger waren mehr als begeistert und am Ende des gelungenen Abends stand fest, dass die DSW zukünftig mehr solcher On-Site-Events umsetzen werde, die einen noch direkteren Einblick in die börsennotierten Gesellschaften bieten.

Traditionell steht erst im zweiten Halbjahr die größere Zahl der DSW-Veranstaltungen an. Derzeit laufen die Planungen für den Herbst, und es werden wieder einige besondere Highlights dabei sein. Neben Wien will die DSW beispielsweise auch Zürich als Veranstaltungsort ansteuern und wieder Unternehmensbesuche in das Programm aufnehmen.

Wir würden uns freuen, Sie dort als unseren Gast begrüßen zu dürfen! Damit Sie auch von allen DSW-Veranstaltungen in Ihrer Umgebung Kenntnis erlangen, können Sie sich kostenlos unter seminare@dsw-info.de registrieren lassen.

HAC-Marktkommentar: Brexit und die Auswirkungen

Liebe DSW-Mitglieder,

Großbritannien hat sich entschieden. Am 23. Juni stimmten fast 52 Prozent der Briten für den Austritt ihres Landes aus der Europäischen Union. Die Finanzmärkte wurden auf dem falschen Fuß erwischt. Teilweise kam es zu hohen Kursstürzen. Gold und Bundesanleihen profitierten. Wie geht es weiter?

Für die reale Wirtschaft ist es wichtig, zu wissen, welches Verhandlungsergebnis am Ende stehen wird. Folgende Spannbreiten gibt der IWF im Hinblick auf Wachstumseinbußen im Jahr 2018 an: Für Großbritannien: 1,6 bis 5,4 Prozent; für die EU: 0,2 bis 0,5 Prozent. Je größer die Handelsbeschränkungen sind, desto negativer werden die Folgen für beide Seiten ausfallen. Auf EU-Seite trifft das dann insbesondere diejenigen Länder, die schon jetzt einen hohen Exportanteil nach Großbritannien haben, wie etwa die Niederlande oder Irland. Die größten Negativeffekte sind jedoch auf britischer Seite zu erwarten, die Exporte in die EU liegen aktuell bei fast 14 Prozent des Bruttoinlandsprodukts. Bis es jedoch zu einer tatsächlichen Einigung kommt, wird der Güter- und Dienstleistungsverkehr relativ uneingeschränkt weiterlaufen, die Investitionsbereitschaft der Unternehmen wird jedoch aufgrund der Unsicherheit der Unternehmen in Großbritannien deutlich abnehmen. Möglicherweise kommt es sogar zu Verlagerungseffekten bei den Unternehmen. Vodafone denkt beispielsweise darüber nach, den Firmensitz nach Deutschland zu verlagern. Düsseldorf könnte davon profitieren.

Wenn sich die Wachstumsaussichten verschlechtern, wird sich dieses Faktum in den Gewinnerwartungen der Firmen widerspiegeln. Dies wirkt sich negativ auf die Aktienkurse aus. Man kann hier von einem „ökonomischen Abschlag“ sprechen. Dazu kommt ein „politischer Abschlag“, weil die Ausgestaltung der Beziehungen zwischen der EU und Großbritannien völlig unklar sind. Und die Märkte mögen keine Unsicherheit. Sollten die Abschlüsse an den Börsen wegen der politischen Unsicherheit höher sein als dies die wirtschaftlichen Effekte rechtfertigen, sollte man gezielt nachkaufen.

Ihr
 Wolfram Neubrandner
 Hanseatischer Anleger-Club (HAC)

Weitere Informationen zum Hanseatischen Anleger-Club finden Sie unter www.hac.de.

Deutsche Börse muss Fusionspläne nach Brexit massiv anpassen oder begraben

Nach der Entscheidung der Briten für den sogenannten „Brexit“ macht eine Fusion der Deutschen Börse AG mit der London Stock Exchange unter den bisherigen Parametern keinen Sinn mehr, ist DSW-Vizepräsident Klaus Nieding überzeugt.



„Das Vorhaben war bereits vor dem Austritt-Votum Großbritanniens mehr als zweifelhaft. Der rechtliche Sitz des fusionierten Unternehmens sollte in London sein, und der Aktienhandel hätte allen Beteuerungen des Deutsche-Börse-Chefs zum Trotz faktisch im Wesentlichen auch dort stattgefunden. Das war nicht im Sinne des Finanzplatzes Frankfurt und stets ein großer Kritikpunkt“, so Nieding, „aber nach der Brexit-Entscheidung darf genau deshalb eine Börsenfusion unter den bisherigen Vorzeichen gar nicht mehr in Frage kommen“. Nieding geht davon aus, dass die hessische Börsenaufsicht aus diesen Gründen ohnehin ihre Genehmigung zu dem Vorhaben nicht erteilen wird. „Es sei denn, diese beiden wichtigen Punkte werden zugunsten von Frankfurt am Main abgeändert.“

Für Nieding, der Aktionäre der Deutschen Börse AG bereits während des gescheiterten Fusionsversuchs mit der Londoner Börse Anfang des neuen Jahrtausends vertreten hat, spielt gerade die Sitzfrage vor allem aus aufsichtsrechtlicher Sicht eine wesentliche Rolle. „Die Erleichterungen durch den sogenannten ‚Europäischen Pass‘, also der Entfall einer Doppelaufsicht beziehungsweise -genehmigungspflicht gelten eben nur für Unternehmen mit Sitz innerhalb der Mitgliedstaaten der EU.“

Folglich könne eine fusionierte neue Börsengesellschaft eher noch im Bereich früherer ‚Kolonien‘ wie der französischen Karibikinsel Saint-Martin ansässig sein, als in London. Denn die britische Finanzmetropole sei ja demnächst nicht mehr Teil

der EU. „Die Führung der Deutschen Börse sollte daher ihre bisherigen Fusionspläne nochmals kritisch hinterfragen und massiv anpassen oder ganz begraben – die Börsenaufsicht kann nach dem Brexit einem Sitz der fusionierten Börse in London jedenfalls nicht zustimmen“, so der DSW-Vize.

Aktionäre der Deutschen Börse sollen bis zum 12. Juli über die Fusionspläne entscheiden. Die Anteilseigner der Londoner Börse LSE haben bereits am 4. Juli bei einer außerordentlichen Hauptversammlung mit großer Mehrheit für die Fusion mit der Deutschen Börsen gestimmt.

Für etwaige Rückfragen steht Ihnen Klaus Nieding zur Verfügung. Herr Nieding ist Vizepräsident der DSW.

Sie erreichen Herrn Nieding unter
 Tel.: (069) 2385380
www.niedingbarth.de

Insolvente Steilmann SE: Anleihegläubiger sind gefordert

Das Dortmunder Amtsgericht hat im Fall des Textilunternehmens Steilmann SE das Insolvenzverfahren eröffnet. Zum Insolvenzverwalter wurde Herr Rechtsanwalt Frank Kebekus ernannt. Nun sind alle Gläubiger aufgefordert, ihre Forderungen bis spätestens zum 23. August 2016 zur sogenannten Insolvenztabelle anzumelden.

„Das gilt natürlich auch für die Anleihegläubiger, denen das Unternehmen immerhin rund 88 Millionen Euro schuldet. Wer die Anmeldefrist verstreichen lässt, kann seine Ansprüche nicht mehr durchsetzen“, sagt Klaus Nieding, Vizepräsident der DSW, der bereits etliche betroffene Steilmann-Anleihegläubiger vertritt. Die reguläre Gläubigerversammlung der Insolvenzgläubiger findet am 7. September 2016 im Gebäude des Amtsgerichts Dortmund statt.

Bereits am 3. August 2016 treffen sich die Gläubiger der drei von Steilmann emittierten Anleihen. Gegenstand der jeweiligen Anleihegläubigerversammlungen wird die Wahl eines Gemeinsamen Vertreters sein. „Betroffene Anleger sollten die Chancen, ihre Interessen zu wahren, unbedingt aktiv nutzen“, sagt Nieding, der sich als Gemeinsamer Vertreter zur Wahl stellen wird. Ansonsten drohe immer die Gefahr, dass einzelne Investoren sich mit ihren Interessen durchsetzen. „Etliche Hedgefonds haben solche Insolvenzen als lukratives Geschäftsmodell entdeckt. Sie kaufen die Anleihen billig auf und versuchen dann, oft durch schnelle Verkäufe wichtiger Unter-

nehmensassets, so rasch wie möglich Geld aus der Gesellschaft herauszupressen, ohne an echten Lösungen interessiert zu sein“, warnt Nieding. Und wer bei einem Kurs nahe Null gekauft habe, sei eben auch schnell im Plus.

Im Fall der Steilmann SE bietet Nieding sämtlichen betroffenen Anlegern eine Vertretung ihrer Interessen auf den anstehenden Gläubigerversammlungen an. Betroffene Anleihegläubiger können sich per E-Mail an recht@niedingbarth.de wenden.

Für etwaige Rückfragen steht Ihnen Klaus Nieding zur Verfügung. Herr Nieding ist Vizepräsident der DSW.

Sie erreichen Herrn Nieding unter:
 Tel.: (069) 2385380
www.niedingbarth.de

Druck auf Volkswagen und Porsche erhöht sich weiter

Die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht BaFin hat laut Medienberichten bei der Staatsanwaltschaft Braunschweig Strafanzeige gegen den Ex-VW-Vorstandsvorsitzenden Martin Winterkorn und einen weiteren ehemaligen Vorstand wegen des Verdachts der Marktmanipulation gestellt.

„Das ist ein Paukenschlag und ein Signal für alle geschädigten Anleger. Es geht um den Vorwurf, dass Volkswagen den Kapitalmarkt zu spät über die Abgasmanipulationen bei Dieselfahrzeugen informiert hat“, erklärt Klaus Nieding, Vizepräsident der DSW. „Offenbar ist die BaFin bei ihrer Vorprüfung zu der Erkenntnis gekommen, dass es einen entsprechenden Anfangsverdacht gibt, der die Erstattung einer Strafanzeige und weitere Ermittlungen durch die Staatsanwaltschaft rechtfertigt. Das bestärkt uns in der Annahme, dass der Kapitalmarkt zu spät informiert wurde“, so Nieding weiter.

„Dies stärkt auch den zivilrechtlichen Vorwurf einer Pflichtverletzung und die Geltendmachung von Schadenersatzansprüchen durch die Aktionäre wegen unterlassener, unverzüglicher Veröffentlichung von Insiderinformationen. Betroffene Anleger sollten daher jetzt handeln und ihre Schadenersatzansprüche geltend machen“, ergänzt Nieding.

Weiterer Informationsgewinn hierfür soll aus den USA kommen. Die Nieding+Barth Rechtsanwaltsaktiengesellschaft hat am 24. Juni 2016 über ihre US-amerikanische Partnerkanzlei einen Antrag auf Einsichtnahme in die Verfahrensakten der dort anhängigen Sammelklagen gegen Volkswagen gestellt.

„Wir erwarten dadurch einen echten Erkenntnisgewinn für die bereits von uns eingereichten Klagen gegen VW und Porsche bei den Landgerichten Braunschweig und Stuttgart“, erläutert Klaus Nieding.

„Mit der Einsichtnahme werden wir Zugriff auf Millionen von Dokumenten und Unterlagen erhalten, die einen tiefen Einblick in die Abgasaffäre bieten“, sagt Nieding. „Zudem sollen die Dokumente als Beweismittel in unsere beim Landgericht Braunschweig und dem Landgericht Stuttgart anhängigen Verfahren eingebracht werden und so die Positionen der von uns vertretenen Kläger stärken. Unser Ziel ist ganz klar, dass wir den Musterkläger in dem anstehenden Musterverfahren stellen“, so Nieding weiter.

Bei den Dokumenten, die im Wege des Antrages an den District Court des Northern District of California eingesehen werden sollen, handelt es sich um tausende Seiten von Korrespondenz mit Bezug auf den Dieselskandal von Volkswagen, die im Zuge der sogenannten „pre-trial discovery“ (einer vorprozessualen Beweisaufnahme) im Verfahren „Volkswagen ‚Clean Diesel‘ Marketing, Sales Practices, and Products Liability Litigation“, No. 3:15-md-02672-CRB vor dem District Court des Northern District of California erhoben wurden.

Die Klageplattform vertritt mittlerweile Schadenersatzforderungen von privaten und institutionellen Investoren im Gesamtwert von mehr als 2,5 Milliarden Euro.

Interessierte Anleger können sich auf der eigens eingerichteten Homepage www.wolfsburggate.de über die nächsten Schritte informieren und registrieren.

Für etwaige Rückfragen steht Ihnen Klaus Nieding zur Verfügung. Herr Nieding ist Vizepräsident der DSW.

Sie erreichen Herrn Nieding unter:
 Tel.: (069) 2385380
www.niedingbarth.de

Klaus Koppenberg: Rede auf der Hauptversammlung der GAG Immobilien AG

Während der letzten HV am 29. Mai 15 versicherte man uns Kleinaktionären zum Thema Delisting: „Die Frist von einem Jahr ist fest zugesagt, es gibt darüber hinaus zum Thema keine Gespräche beziehungsweise Beschlussfassungen“. Meine sehr verehrten Damen und Herren in Vorstand und Aufsichtsrat, angesichts dessen, was wir jetzt wissen, teilen Sie

sich mit Walter Ulbricht, Staatsratsvorsitzenden der DDR, der am 15. Juni 1961 versicherte: „Niemand hat die Absicht, eine Mauer zu errichten!“ auf der nach oben offenen Glaubwürdigkeitsskala den letzten Platz.

Die gesamte Rede von Herrn Koppenberg finden Sie [hier](#).

Günther Hausmann: Rede auf der Hauptversammlung der Bauer AG

Auch das Geschäftsjahr 2015 war für Bauer wieder äußerst schwierig – schon im dritten Jahr in Folge wurde rein operativ ein negatives Ergebnis erwirtschaftet. 2014 konnte man durch die Teilveräußerung der Tochter in Oman ein positives Ergebnis darstellen, im vergangenen Jahr war dies auch wieder nur durch entsprechende Teilveräußerungen von offenbar wertvollen Töchtern möglich, aber ich denke, irgendwann ist diese Art von Reserven aufgebraucht. Umso wichtiger ist es, dass man im operativen Geschäft möglichst bald wieder in die Gewinnzone kommt, was bei den derzeitigen Rahmenbedingungen schwierig genug sein dürfte.

Durch die Neubewertung und Teilveräußerung von Beteiligungen hat man 2015 einen außerordentlichen Ertrag von EUR 77,8 Mio. erzielt und damit die erlittenen Verluste ausgleichen können.

Die gesamte Rede von Herrn Hausmann finden Sie [hier](#).

Günther Hausmann: Rede auf der Hauptversammlung der Grammer AG

Im vergangenen Geschäftsjahr konnte die Grammer AG zum sechsten Mal in Folge die Umsatzerlöse steigern, allerdings ging der Ertrag – wie schon im Geschäftsjahr 2014 – wegen stark erhöhter Vorleistungen zurück. Diese Entwicklung beobachten wir nun schon seit Jahren: Steigende Umsätze aber überproportional ansteigende Kosten und damit ein anhaltender Rückgang der Marge – 2015 betrug die EBIT-Marge sehr bescheidene 3 Prozent – was jeweils mit hohen Vorleistungen begründet wird und daher erhebt sich die Kernfrage:

Wann tragen diese hohen Vorleistungen ihre Früchte und wann wird endlich eine auskömmliche EBIT-Marge erreicht, wobei auskömmlich nach meiner Auffassung doch zumindest bei 5 Prozent liegen müsste?

Die gesamte Rede von Herrn Hausmann finden Sie [hier](#).

Franz Ferdinand Badelt: Rede auf der Hauptversammlung der Nanogate AG

Wie ich bereits im letzten Jahr schon in meinem Wortbeitrag sagte, ist es wirklich beachtlich, was die Nanogate AG angesichts der stetig guten Ergebnisse doch an den Tag legt. Man tut sich daher durchaus schwer, ein „Haar in der Suppe“ zu finden.

Dieses Jahr kann dies zumindest in der Lokalität der Hauptversammlung selbst gefunden werden. Warum wurde die Hauptversammlung nunmehr an diesen Ort verlegt? Gerade die Veranstaltung am Unternehmenssitz hatte ein besonderes Flair und bot nebenbei auch eine gute Transparenz des Unternehmens.

Die gesamte Rede von Herrn Badelt finden Sie [hier](#).

Elke Schubert: Rede auf der Hauptversammlung der Sixt Leasing AG

Heute ist die erste Hauptversammlung der Sixt Leasing AG und gleich werden die Aktionäre schier erschlagen von einer 80-seitigen Einladung. Es gilt die Umwandlung der Sixt Leasing AG in eine Societas Europaea, eine SE, zu beschließen. Wer immer plant eine SE zu gründen, muss bedenken, dass neben einer EG-Verordnung die unterschiedlichen nationalen Ausführungsgesetze und die jeweiligen allgemeinen nationalen Vorschriften für Aktiengesellschaften, sowie eine EG-Richtlinie über die Rechte der Arbeitnehmer und dazu die nationalen Umsetzungsakte beachtet werden müssen. Dies ist mit einem beträchtlichen Verwaltungsaufwand verbunden. Vorteil der SE ist freilich, dass sie im internationalen Geschäftsverkehr einheitlich auftreten kann und nicht über eine Vielzahl von Tochtergesellschaften auftreten muss. Positiv ist weiter, dass die in einzelnen Ländern erzielten Erträge innerhalb der SE ohne umständliche Ausschüttungen eingesetzt werden können.

Die gesamte Rede von Frau Schubert finden Sie [hier](#).

Elke Schubert: Rede auf der Hauptversammlung der Sixt SE

Sie beglücken die Aktionäre auch 2015 wieder mit einem zweistelligen Umsatzwachstum. Wir haben diese tollen Zahlen alle gehört, die Dividende beträgt 1,50 Euro je Stammaktie, somit 0,30 Euro mehr als 2014. Da lehnt sich der Aktionär erst einmal zufrieden zurück.

Frage: Gestern war die Hauptversammlung Ihrer im vergangenen Jahr ausgegliederten Tochter, der Sixt Leasing AG, die das

gesamte Leasinggeschäft und auch die Fahrzeugflottenbetreuung mit sich genommen hat. Sie haben dafür Sorge getragen, dass die Aktionäre der Sixt SE dadurch keinen finanziellen Nachteil haben. Wenn Sie noch einmal kurz die Maßnahmen beschreiben, die den Aktionären die Sorge nimmt.

Die gesamte Rede von Frau Schubert finden Sie [hier](#).

Franz Ferdinand Badelt: Rede auf der Hauptversammlung der DIC Asset AG

Zu einigen Punkten des Geschäftsberichtes habe ich folgende Anmerkungen und vor allem Fragen:

Sehr erfreulich ist, dass die Dividende um circa 6 Prozent auf 0,37 Euro je Aktie erhöht werden soll. Bislang ist auch stets die Dividendenhöhe konstant gestiegen, sodass diese Entwicklung positiv zu bewerten ist. Es ist daher der vorgeschlagene Beschlussfassung über die Verwendung des Bilanzgewinns zuzustimmen.

Es stellt sich lediglich die Frage, wie die weitere Dividendenpolitik der DIC Asset AG aussieht? Wird für die weiteren Jahre eine stete Erhöhung der Dividende angestrebt oder sieht die Verwaltung ab einem bestimmten Betrag eine gewisse Grenze erreicht? Bitte stellen Sie kurz die weitere Dividendenpolitik dar.

Die gesamte Rede von Herrn Badelt finden Sie [hier](#).

Günther Hausmann: Rede auf der Hauptversammlung der MorphoSys AG

Das Geschäftsjahr 2015 wird vom Vorstand als erfolgreich beurteilt, wenn auch nicht alle Ziele erreicht wurden (S. 40 des Geschäftsberichts). Rein zahlenmäßig war 2015 auf den ersten Blick das erfolgreichste Geschäftsjahr in der Unternehmensgeschichte: Umsatz und Ertrag lagen auf Rekordkurs, an der Liquiditätsposition, die um 54 Millionen Euro abgenommen hat, sieht man jedoch, dass es eigentlich kein Rekordjahr war und auch der Börsenkurs, der im Jahresverlauf 2015 um 25 Prozent zurückgegangen ist, spiegelt wider, dass einige Ziele nicht erreicht wurden. Insbesondere die vom Vorstand auch im Sinne der Aktionäre als wichtigstes Ziel postulierte Unternehmenswertsteigerung ist damit deutlich verfehlt worden.

Sprunghaft gestiegen sind die Aufwendungen für Forschung und Entwicklung, was grundsätzlich für die Zukunft hoffen lässt.

Die gesamte Rede von Herrn Hausmann finden Sie [hier](#).

Franz Ferdinand Badelt: Rede auf der Hauptversammlung der United Power Technology AG

Meine Damen und Herren, liest man den Geschäftsbericht 2015, blickt man auf eine trügerische Lage: Zwar stieg der Umsatzerlös, jedoch ging die Gewinn-Marge zurück. Allzu positiv sind die verkündeten Werte daher nicht zu sehen.

Darüber kann auch das gestiegene Ergebnis je Aktie nicht hinwegtäuschen, das von 0,44 Euro auf 0,57 Euro stieg. Noch immer haben wir hier damit einen Pennystock vorliegen, bei dem man nicht so recht weiß, was man hat. Auch verbreitet der Vorstand selbst keine allzu positive Stimmung, wenn er im Geschäftsbericht ausführt, dass man sich noch immer großen Herausforderungen zu stellen hat.

Daneben hat sich noch erneut das Personalkarussell zu drehen begonnen. Dieses Mal war der Vorstand dran. Der Co-CEO und Vorstandsvorsitzende, Herr Xu Wu, hat aus gesundheitlichen Gründen das Unternehmen verlassen. Seine Aufgaben wurden übernommen von Herrn Zhong Dong Huan.

Die gesamte Rede von Herrn Badelt finden Sie [hier](#).

Günther Hausmann: Rede auf der Hauptversammlung der VIB AG

Die VIB AG hat sich im vergangenen Geschäftsjahr einmal mehr sehr positiv weiterentwickelt. Das Immobilienportefeuille, Umsatz und insbesondere der Ertrag haben sich erneut deutlich erhöht und das Gleiche gilt für das Eigenkapital und die Eigenkapitalquote. Auch wir Aktionäre können mehr als zufrieden sein. Nach einem Kursanstieg von 18 Prozent im vergangenen Jahr ist der Aktienkurs auch heuer trotz allgemeiner Börsenturbulenzen schon wieder um über 10 Prozent gestiegen und so möchte ich gleich an dieser Stelle im Namen der von uns vertretenen Aktionäre dem Vorstand mit Herrn Schlosser an der Spitze und allen Mitarbeitern der VIB für ihre hervorragende Arbeit herzlich danken.

Das Geschäftsmodell und die Strategie unserer Gesellschaft ist transparent und nachvollziehbar und vieles spricht für weitere nachhaltige Erfolge – so die generell steigende Attraktivität der Immobilie bei der Geldanlage, die stetig sinkenden Fremdkapitalzinsen, die zu entsprechenden Zinsersparnissen bei der Finanzierung führen aber auch der hohe Bedarf von Industrie, Handel und Logistik nach attraktiven Standorten.

Die gesamte Rede von Herrn Hausmann finden Sie [hier](#).



Alle Angaben ohne Gewähr

In Europa und in den USA hat sich die Wirtschaft im Juni prächtig entwickelt. Das Geschäftsklima hat sich weiter aufgehellt und auch die Arbeitsmärkte kommen immer mehr in Schwung. Doch die guten Daten sind mit Vorsicht zu genießen – denn die Auswirkungen des Brexit sind in den Zahlen noch nicht enthalten.

In Deutschland ist im Juni der Ifo-Geschäftsklimaindex überraschend um 0,9 auf 108,7 Punkte gestiegen. Auch die ZEW-Konjunkturerwartungen zeichneten im vergangenen Monat ein optimistisches Konjunkturbild: Statt eines Rückgangs stieg das Stimmungsbarometer um rund 12,8 auf 19,2 Zähler. Passend dazu sind auch die deutschen Exportzahlen weiter gestiegen während die Arbeitslosigkeit in Deutschland im Juni um 50.000 auf 2,6 Millionen gesunken ist. Der Internationale Währungsfonds rechnet im laufenden Jahr mittlerweile mit einem Anstieg des Bruttoinlandsproduktes um 1,7 statt der vorher prognostizierten 1,5 Prozent. Mut macht zudem, dass in der Eurozone sind derweil die Einkaufsmanagerindizes der Industrie und der Dienstleister gestiegen sind. Eigentlich alles bestens in Europa – wäre da nicht der Austritt der Briten aus der Europäischen Union (EU).

Was sind die Konjunkturdaten noch wert?

Die Datenerfassung zahlreicher Wirtschaftsindikatoren hat noch vor dem Austrittsentscheid Großbritanniens stattgefunden. Viele waren da noch von einem Verbleib des Landes in der EU ausgegangen. Zahlreiche Zahlen dürften nach dem Votum der Briten nun nach unten revidiert werden. Einen Vorge-schmack lieferte bereits das Economic Sentiment der Europäischen Kommission. Der Indikator ist im Juni um 0,2 auf 104,4 Punkte zurückgegangen. Experten erwarten im dritten Quartal deutliche Auswirkungen für das BIP des Staatenbundes. Der Ifo-Geschäftsklimaindex und die ZEW-Konjunkturerwartungen

dürften ebenfalls in den kommenden Wochen deutlich nach unten korrigiert werden. Ob der Export unter dem Brexit leiden wird, ist noch nicht abzusehen. Immerhin hat er nicht nur für eine Abwertung des Britischen Pfunds, sondern auch des Euros gegenüber dem Dollar gesorgt, was Ausfuhren aus der Eurozone zugutekommen könnte. Wie stark sich der Brexit auf die britische und die europäische Wirtschaft auswirken wird, ist aktuell sicherlich nicht seriös prognostizierbar. Doch eines ist sicher: Die Konjunktur wird leiden. Das Prognos-Institut rechnet damit, dass die britische Wirtschaft durch den EU-Austritt im Jahr 2025 ein um 15 Prozent niedrigeres BIP haben wird, als ohne EU-Austritt. Und auch der deutsche Arbeitsmarkt soll laut dem Institut noch im laufenden Jahr erste Dämpfer erfahren.

USA halten sich wacker, Japan leidet

In den USA blickt man etwas gelassener auf den Brexit, das haben unter anderem die Reaktionen an den Börsen gezeigt. Während in Europa die Kurse deutlich abrutschten, hielt sich der Dow Jones vergleichsweise wacker. Das mag zum einen an den starken Konjunkturdaten liegen. So sind die Erstanträge auf Arbeitslosenhilfe Mitte Juni deutlich um 18.000 auf 259.000 Stück gefallen, während der ISM-Einkaufsmanagerindex der Industrie überraschend von 51,3 auf 53,2 gestiegen ist. Auch das BIP fiel im ersten Quartal mit einem Plus von 1,1 Prozent besser als erwartet aus. Zudem hebt die Zurückhaltung der Fed die Stimmung. Trotz der guten Konjunkturdaten dürfte die US-Notenbank, angesichts der globalen wirtschaftlichen Risiken infolge des Brexit, von einer Zinserhöhung im laufenden Jahr absehen.

Schwerer traf es Japan. Der Yen, traditionell ein sicherer Währungshafen in wirtschaftlich unruhigen Zeiten, wertete nach dem Votum der Briten deutlich auf. Dadurch dürften die Exporte, die im Mai mit einem Minus von 11,3 Prozent zum achten Mal in Folge fielen, noch weiter unter Druck geraten. Treffen würde das vor allem die Industrie, die bereits Einbußen hinnehmen musste. Im Mai sank die Industrieproduktion um 2,3 Prozent.



Brexit lässt die Börsen tanzen

Der Börsenmonat Juni stand ganz im Zeichen des Brexit. Das Votum der Briten für einen EU-Austritt hat die Märkte durcheinandergewirbelt. Davon betroffen war auch der DAX. Erstaunlich wacker hielt sich erstaunlicherweise der britische FTSE 100 – allerdings nur auf den ersten Blick.

Mit knapper Mehrheit haben sich die EU-Austrittsbefürworter in Großbritannien durchgesetzt. Für viele Marktakteure kam das Abstimmungsergebnis überraschend. Vor dem Referendum hatten zwar die Statistikbüros ein knappes Votum vorhergesagt, allerdings überwogen die Prognosen, die einen EU-Verbleib vorhersahen. Dementsprechend haben sich auch viele Hedgefonds positioniert und auf steigende Kurse an den Aktienmärkten gesetzt. Diese waren in der Zeit vor dem Votum in einem Seitwärtskanal gefangen gewesen. Der DAX kam bis zum Referendum in Großbritannien kaum vom Fleck. Als sich jedoch mit Veröffentlichung der ersten Abstimmungsergebnisse ein EU-Austritt abzeichnete, rasten die Kurse an den Börsen in den Keller. Der DAX verlor innerhalb eines Tages knapp 10 Prozent, der britische FTSE 100 sackte über 6 Prozent ab und in Tokio gab der Nikkei über 8 Prozent nach. Nur der US-amerikanische Aktienindex Dow Jones konnte nach dem Brexit seine Verluste in Grenzen halten.

Gold und Bundesanleihen gefragt

Mit dem Absturz der Aktienkurse begann die Suche nach vermeintlich sicheren Anlageprodukten. Dabei wurden vor allem Gold und Bundesanleihen nachgefragt. Folge: Im Juni stieg der Preis für eine Feinunze Gold um über 9 Prozent. Die hohe Nachfrage nach Bundesanleihen hingegen ließ die Rendite zehnjähriger Papiere noch weiter ins Negative rutschen. Anfang Juli betrug sie minus 0,2 Prozent.

Doch bereits wenige Tage nach dem Brexit kamen die Börsen wieder auf die Beine. Vor allem – und das überraschte zunächst – legte ausgerechnet der FTSE 100 zu. Im Juni lag der britische Leitindex mit gut 4 Prozent sogar deutlich im Plus.

Allerdings hat das weniger mit den möglichen positiven Auswirkungen des Brexit zu tun, als mit der Tatsache, dass die britische Währung nach dem Brexit drastisch abgewertet wurde und der Goldpreis deutlich nach oben schnellte. Das half zum einen exportorientierten Unternehmen, die zahlreich im FTSE 100 notiert sind, und zum anderen Goldkonzernen wie Randgold und Fresnillo.

Auch der DAX konnte sich von den Verlusten recht schnell wieder erholen. Auf Monatssicht betrug das Minus rund 5,5 Prozent. Doch auch für den heimischen Leitindex gilt: Welche Auswirkungen der Brexit für die Wirtschaft in Deutschland und Großbritannien nehmen wird, ist derzeit nicht abzusehen. Daher könnte es sich bei der Erholungsrally nicht mehr als um eine kurzfristige technische Gegenreaktion handeln.

Brexit schürt neue Notenbankspekulationen

Gestützt wird der Erholungskurs von neuen Notenbank-Spekulationen. Nach dem Brexit gehen viele Marktteilnehmer davon aus, dass Währungshüter rund um die Welt wieder vorsichtiger agieren könnten. Die Fed hatte von einer weiteren Zinsanhebung bei ihrer geldpolitischen Sitzung im Juni abgesehen und es gilt als unwahrscheinlich, dass die US-Notenbank in diesem Jahr einen weiteren Zinsschritt unternehmen wird. Der Dow Jones konnte daher im Juni trotz des Brexit um knapp 1 Prozent zulegen.

Die Bank of England hat bereits Milliarden für die britischen Finanzmärkte zur Verfügung gestellt, weitere expansive Maßnahmen werden erwartet. Bei der EZB geht man ebenfalls von einer lockeren Gangart aus. In Japan ist der Druck auf die Bank of Japan mittlerweile so groß, dass alles andere als eine weitere Öffnung der Geldschleusen für Empörung sorgen würde. Denn in Japan hat der Brexit dafür gesorgt, dass der Yen deutlich aufgewertet wurde. Doch genau das versucht die Bank of Japan eigentlich zu verhindern, da der starke Yen die exportorientierte japanische Wirtschaft hart trifft. Der Nikkei musste auch deswegen im Juni deutliche Verluste hinnehmen. Der japanische Leitindex verlor in etwa 8,5 Prozent an Wert.

Veranstaltungen

Aktien- und Anlegerforen

Im Rahmen unserer **kostenfreien und für jedermann zugänglichen** Aktien- und Anlegerforen präsentieren sich deutsche und internationale Publikumsgesellschaften. So können sich auch Privatanleger aus Quellen informieren, die sonst nur institutionellen Investoren und Analysten eröffnet sind - so z.B. der unmittelbaren Diskussion mit dem Management. Alle Aktienforen beginnen jeweils um 18:30 Uhr und enden um ca. 21:00 Uhr.

Anmeldungen für alle Aktienforen bitte an:
seminare@dsw-info.de

➤ Veranstaltungsübersicht



Derzeit sind Veranstaltungen in folgenden Städten geplant:

Datum	Ort
11. Juli	Essen
12. Juli	Frankfurt
13. Juli	Hannover

Terminverschiebungen sind grundsätzlich möglich. Bitte besuchen Sie daher unsere Veranstaltungsseite auf www.dsw-info.de oder wenden sich an seminare@dsw-info.de. Dort finden Sie weitere Termine und können sich auch für obige Aktienforen anmelden. Die Teilnahme an den Aktienforen ist kostenlos.

Impressum

DSW – Deutsche Schutzvereinigung für Wertpapierbesitz e.V.

Peter-Müller-Str. 14 40468 Düsseldorf
 Tel.: 0211-6697-02 Fax: 0211-6697-60
 E-Mail: dsw@dsw-info.de www.dsw-info.de

GESCHÄFTSFÜHRUNG:

Marc Tüngler (Hauptgeschäftsführer), Jella Benner-Heinacher (stv. Hauptgeschäftsführerin), Thomas Hechtfisher (Geschäftsführer)

Vereinsregister, Registergericht Düsseldorf - Registernummer VR 3994

REDAKTION:

Christiane Hölz (DSW e. V.)
 Franz von den Driesch (newskontor GmbH)

Alle im DSW-Newsletter publizierten Informationen werden von der Redaktion gewissenhaft recherchiert. Für die Richtigkeit sowie für die Vollständigkeit kann die Redaktion dennoch keine Gewähr übernehmen.

WERBUNG:

DSW Service GmbH - Peter-Müller-Str. 14 - 40468 Düsseldorf

GESCHÄFTSFÜHRUNG:

Thomas Hechtfisher, Marc Tüngler

ANSPRECHPARTNER:

Christiane Hölz, 0211-6697-15; christiane.hoelz@dsw-info.de
 Handelsregister, Amtsgericht Düsseldorf unter HR B 880
 Steuer-Nr. 105/5809/0389; USt-ID-Nr. 119360964

TECHNISCHE UMSETZUNG:

Zellwerk GmbH & Co. KG

BILDNACHWEIS:

Seite 1 und 2: Matthias Sandmann; Seite 3: © Jürgen Fälchle - Fotolia.com; Seite 4: © kasto - Fotolia.com; Seite 6: © Jürgen Fälchle - Fotolia.com; Seite 1-9 & 12: © H-J Paulsen - Fotolia.com; Seite 10 © EvrinKalinbacak - Fotolia.com; Seite 11: © Petrus Bodenstaff - Fotolia.com; Seite 12 © gena96 - Fotolia.com

1947 gegründet

1 Zentrale und 8 Landesverbände

Mehr als 25 000 Mitglieder

Dachverband der 7000 deutschen Investmentclubs

52-mal pro Jahr kostenlos das Wirtschaftsmagazin FOCUS-MONEY

Über 100 Seminare p. a. speziell für Anleger

Interessenvertretung auf über 650 Hauptversammlungen

Griechenland-Arbeitsgemeinschaft

Unabhängige und interessenfreie Informationen über Ihre Anlagen

Analyse und kritische Bewertung der Management-Aktivitäten

Kostenlose außergerichtliche Erstberatung der DSW-Mitglieder



Nutzen Sie die Kompetenz von FOCUS-MONEY

Sie wollen detaillierte Hintergrundinformationen und seriöse Anlagetipps? DSW-Mitglieder erhalten FOCUS-MONEY, Deutschlands modernes Wirtschaftsmagazin, im kostenlosen Abonnement wöchentlich frei Haus.

DSW
 Die Anlegerschützer

Deutsche Schutzvereinigung für Wertpapierbesitz e.V.



JA! Ich möchte DSW-Mitglied werden

Name, Vorname

Straße, Nr.

PLZ, Ort

Datum, Unterschrift

 Den Jahresbeitrag in Höhe von €125,00 zahle ich per Rechnung bequem durch Bankeinzug

Bank

Kontonummer

BLZ

Coupon bitte vollständig ausfüllen und unterschreiben.

Per Post senden an:

 DSW –
 Deutsche Schutzvereinigung
 für Wertpapierbesitz e. V.
 Postfach 350163
 40443 Düsseldorf
 Telefon: 02 11/66 97 01 oder 02 11/66 97 22
 Telefax: 02 11/66 97 60
 Internet: www.dsw-info.de
 E-Mail: dsw@dsw-info.de